

François Bayrou war schon immer dazu verdammt: regieren heißt verlieren

8. September 2025 | Richard Vinen

In dem reizenden Städtchen Neuvic d’Ussel traf ich einmal eine alte Dame, die vergessen hatte, dass ihr Nachbar, Henri Queuille, dreimal Premierminister war. Man kann sich vorstellen, warum sie sich nicht daran erinnern konnte. Während der Vierten Französischen Republik (1946-1958) gab es 16 Premierminister und 21 Regierungen, von denen keine viel länger als ein Jahr amtierte. Es gab viele kleine und wenig disziplinierte Parteien: Mehrere Gruppierungen bezeichneten sich als „Unabhängige“, und der Bürgermeister von Dijon trat bei den Wahlen 1951 sogar als „Unabhängiger“ an.

Mit der neuen Verfassung von Charles de Gaulle und der Gründung der Fünften Republik im Jahr 1958 sollte all dies beseitigt werden. Die wichtigsten Befugnisse wurden dem Präsidenten (der für sieben Jahre gewählt wurde) anstelle eines Premierministers (der von der Laune des Parlaments abhängig war) übertragen. Auf jeden Fall hatte das Parlament nun weniger Macht.

All dies ist nun gescheitert. François Bayrou war die zweite Person, die Premierminister Frankreichs war, seit Präsident Emmanuel Macron im letzten Sommer unklugerweise Parlamentswahlen abhielt. Bayrou musste sich auf eine wackelige Koalition stützen, ein fein austariertes Kartenhaus, das er nun durch eine Vertrauensabstimmung über seine Regierung ins Wanken gebracht hat. Damit verwandelte er eine Debatte über eine bestimmte Maßnahme (den Haushalt) in eine Entscheidung über Bayrous Regierung, den Präsidenten und den gesamten Staat Frankreich.

Bayrous Held ist ein Premierminister der Vierten Republik, Pierre Mendès France, dessen eigene Regierung nur acht Monate lang bestand. Sich einen Mann zum Vorbild zu nehmen, der nach seinem Rücktritt als Premierminister im Jahr 1955 nie wieder ein Amt bekleidete, klingt nach einer seltsamen Strategie. Aber der berühmte Satz von Mendès „Regieren heißt wählen“ untermauerte Bayrous Beharren auf einer Vertrauensabstimmung: Sie würde die politischen Parteien zwingen, harte Entscheidungen über die öffentlichen Finanzen zu treffen.

Als gläubiger Katholik führte Bayrou ein moralisches Argument an: Die Anhäufung von Staatsschulden stellt eine untragbare Belastung für künftige Generationen dar und führt zu einem Teufelskreis, da die Babyboomer in ihrem Alter von jungen Steuerzahlern unterstützt werden, die es sich nicht leisten können, eine Familie zu gründen. Auch Mendès war ostentativ moralisch, und obwohl er ein säkularisierter Jude war, wurde er von progressiven Katholiken besonders bewundert.

Doch der Vergleich mit Mendès fällt nicht immer zu Bayrous Gunsten aus. Mendès war ernsthaft und mutig. Er sprang aus dem Fenster eines Vichy-Gefängnisses und machte sich auf den Weg nach London, um sich der Freien Französischen Luftwaffe anzuschließen. Dies verschaffte ihm eine moralische Reserve, die kein heutiger Politiker vorweisen kann. Mendès war ein Konservativer (ein Liberaler im französischen Sinne des Wortes) in seiner Haltung zu den öffentlichen Finanzen, aber ein Progressiver (ein Liberaler im angloamerikanischen Sinne des Wortes) in seiner Haltung zu anderen Angelegenheiten. Die große Errungenschaft seiner kurzen Amtszeit war der Rückzug

Frankreichs aus Indochina. Und so bewunderten sogar die studentischen Demonstranten von 1968 Mendès - ungefähr so, als würden bekiffte Teenager in Glastonbury „Oh George Osborne“ skandieren. Bayrou ist aufgrund seines fiskalischen Konservatismus unbeliebt, aber er hat nicht das Prestige, das mit dem Widerstand oder der Unterstützung der Entkolonialisierung einhergeht.

„Selbst die studentischen Demonstranten von 1968 bewunderten Mendès – ungefähr so, wie wenn bekiffte Teenager in Glastonbury ‚Oh George Osborne‘ singen würden.

Mendès war das einzig Wahre. Der Schriftsteller François Mauriac bewunderte sowohl ihn als auch de Gaulle, meinte aber, dass Mendès der kompromisslosere der beiden war, wenn es um harte Entscheidungen ging. Bayrou hingegen erscheint als berechnend und falsch. Manche meinen, er habe gewusst, dass er die Vertrauensabstimmung nicht gewinnen konnte, und zog eine spektakuläre Konfrontation in einer Grundsatzfrage vor, die es ihm ermöglichen würde, seine Niederlage als ehrenvoll darzustellen.

Zynischere Beobachter weisen darauf hin, dass Bayrou bereits dreimal für das Präsidentenamt kandidiert hat und vermuten, dass er erneut kandidieren möchte, wenn Macrons zweite Amtszeit im Jahr 2027 zu Ende geht. Die Niederlage gibt Bayrou die Möglichkeit, in zwei Jahren zu sagen: „Ich hab's ja gesagt“, was die wirtschaftliche Lage Frankreichs angeht.

Das Ende von Bayrou spiegelt einen umfassenderen Wandel wider, der zum Teil nur in Frankreich, zum Teil aber auch in den meisten westlichen Demokratien zu beobachten ist. Ein wichtiger Wandel betrifft die Art der französischen Präsidentschaft selbst. Seit 2002 beträgt die Amtszeit der Präsidenten nicht mehr sieben, sondern fünf Jahre, was ihre Macht, langfristige Stabilität durchzusetzen, geschwächt hat.

Während De Gaulle und Mitterrand eine monarchische Mystik um ihr Amt kultivierten, kandidierte François Hollande 2012 mit dem Versprechen, die Präsidentschaft zu „normalisieren“ und erfüllte dieses banale Ziel so gut, dass er nicht einmal versuchte, für eine zweite Amtszeit zu kandidieren.

Seit 2017 hat Macron hart daran gearbeitet, das Prestige der Präsidentschaft wiederherzustellen - er hat eine Vorliebe für politisches Theater, die viel von de Gaulle hat. Doch mehr als je zuvor seit 1958 scheint die Präsidentschaft heute ein politisches Amt wie jedes andere zu sein. Einige derjenigen, die gegen Bayrou gestimmt haben, haben in Wirklichkeit gegen Macron gestimmt und hoffen, den Präsidenten zum Rücktritt zu zwingen, bevor seine Amtszeit zu Ende ist.

Der Wandel in der politischen Kommunikation hat ebenfalls zu einer Krise des Regierens beigetragen. Mendès nutzte Radioansprachen, um sich über die Köpfe der Parlamentarier hinweg direkt an die französische Bevölkerung zu wenden. Heute, da es kein staatliches Rundfunkmonopol mehr gibt



und, was noch wichtiger ist, da Radio und Fernsehen ihren Einfluss auf die öffentliche Information verloren haben, greifen Politiker wie Bayrou auf ihre eigenen YouTube-Kanäle zurück. Es überrascht nicht, dass ein 74-jähriger Mann mit Krawatte nicht die Anziehungskraft von Skateboard fahrenden Katzen oder des mediengewandten Präsidenten des Rassemblement National, Jordan Bardella (Bild links), erreicht hat.

Macrons eigene Entscheidung, eine neue Partei zu gründen – zunächst unter dem Namen „En Marche“ und jetzt unter dem Namen Renaissance – hat das Parteiensystem durcheinander gebracht. En Marche feierte eine Zeit lang spektakuläre Wahlerfolge, aber ihr anschließender rapider Niedergang hat den Parteien, die sie verdrängt hat, nicht zu ihrem Glück verholfen. Unter den 577 Abgeordneten im französischen Parlament befinden sich Mitglieder von 11 verschiedenen Gruppierungen. Keine Partei verfügt auch nur annähernd über eine Mehrheit der Abgeordneten, und auch keine politisch machbare Koalition könnte eine solche Loyalität erreichen.

Auf seltsame Weise waren es die erbitterten politischen Feindseligkeiten, die Frankreich einst regierbar machten. In der Vierten Republik gab es Zeiten, in denen die Kommunistische Partei mehr Stimmen erhielt als jede andere Partei – aber der verständliche Wunsch, eine Gruppe, die uneingeschränkte Bewunderung für Stalin zum Ausdruck brachte, von der Macht fernzuhalten, führte zu Wahlbündnissen, die die anderen Parteien zusammenführten.

In jüngerer Zeit weckte der Front National von Jean-Marie Le Pen unangenehme Erinnerungen an Vichy und Antisemitismus. Als Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 2002 in die zweite Runde kam (mit knapp 20 Prozent der Stimmen), schlossen sich die anderen Parteien zusammen, um den gaullistischen Jacques Chirac unter dem unsympathischen, aber wirksamen Slogan „besser der Gauner als der Faschist“ zu unterstützen.

Doch heute behandeln einige führende Vertreter der etablierten Rechten – darunter der gaullistische ehemalige Präsident Nicolas Sarkozy – das RN als eine Partei wie jede andere und schließen ein Bündnis mit ihr nicht aus. Wenn es in Frankreich einen politischen Unberührbaren gibt, dann ist es Jean-Luc Mélenchons linksextreme La France Insoumise. Mélenchon wird oft angeprangert, weil er angeblich mit dem Islamismus oder dem Antisemitismus flirtet – obwohl die Politik seiner Partei noch vor ein paar Jahrzehnten in der französischen Linken unauffällig gewesen wäre.

Mélenchons politische Isolation wird durch ein unausgesprochenes Bündnis mit der extremen Rechten abgeschwächt. Marine Le Pen und Mélenchon profitieren davon, dass sie sich gegenseitig als Feinde haben und von einem allgemeinen Gefühl der politischen Krise. Am Mittwoch wird es eine Art Generalstreik geben – ein Versuch, „[alles zu blockieren](#)“. Er scheint seinen Ursprung in Social-Media-Posts der extremen Rechten zu haben, bevor er von Mélenchon aufgegriffen wurde. Bezeichnenderweise hat sich das Rassemblement National, das zwischen dem Wunsch, das System zu stürzen, und dem Wunsch, sich als potenzielle Regierungspartei zu präsentieren, hin- und hergerissen ist, leicht von den bevorstehenden Protesten distanziert.

All dies bedeutet, dass Frankreich sich gefährlich nahe an den Punkt herantastet, an dem Protestparteien, die sich darauf beschränken, das „System“ anzuprangern, einen Grad an Unterstützung erreicht haben, der bedeutet, dass das System ohne sie nicht funktionieren kann. All dies wäre nicht von Bedeutung, wenn die finanziellen Probleme, auf die Bayrou anspielt, nicht real wären. Seine Gegner sagen, dass die Probleme Frankreichs kaum schwerwiegender sind als die einiger anderer Länder (was nicht viel aussagt) oder dass Frankreich seine Schulden immer noch bedienen kann (was natürlich wahr ist, bis es nicht mehr wahr ist).

Die Stabilität der Fünften Republik beruhte zum Teil auf dem schnellen Wachstum der Trente Glorieuses. De Gaulle war nie ein großer Verfechter finanzieller Strenge (Mendès trat 1944 wegen ihrer Meinungsverschiedenheiten aus seiner provisorischen Regierung zurück), aber er vermied unange-

nehme finanzpolitische Entscheidungen, weil die Staatsfinanzen auf einem raschen Wirtschaftswachstum beruhen. Es ist unwahrscheinlich, dass eine künftige französische Regierung so leichtes Spiel haben wird.

Wie geht es jetzt weiter?

Macron könnte das Parlament auflösen, aber es ist unwahrscheinlich, dass er eine Strategie wiederholt, die sich beim letzten Mal als so katastrophal für ihn erwiesen hat. Seine zahlreichen Feinde wollen, dass er zurücktritt. Aber ein Präsident der Fünften Republik hat das Recht, manche würden sogar sagen, die Pflicht, bis zum Ende seiner Amtszeit im Amt zu bleiben. Nur de Gaulle ist vor ihm zurückgetreten. Pompidou starb im Amt; Mitterrand hat zwei volle siebenjährige Amtszeiten absolviert, obwohl er oft unter dem Krebs litt, an dem er nur wenige Monate nach Verlassen des Elysée-Palastes starb.

Trotz seiner Unbeliebtheit sowohl bei der politischen Klasse als auch bei den Wählern hat Macron viele Stärken. Er ist erst 47 Jahre alt – mehr als ein Vierteljahrhundert jünger als Bayrou und jünger als de Gaulle im Jahr 1940 – und verfügt über außergewöhnliche Vitalität und Selbstvertrauen. Allein die Tatsache, dass die Verfassung ihm eine dritte Amtszeit verwehrt, verschafft ihm eine gewisse Freiheit: Er muss sich nicht um Meinungsumfragen oder die Aufrechterhaltung von Allianzen kümmern. Wie chaotisch die französische Innenpolitik auch sein mag, der Präsident hat immer noch die Kontrolle über die Außen- und Verteidigungspolitik, die wegen des Gazastreifens und der Ukraine von besonderer Bedeutung ist.

Als Italien 2021 vor einer ähnlichen Situation stand, bildete Mario Draghi eine Regierung aus Technokraten. In Frankreich sind die Dinge etwas komplizierter. Der Präsident, der den Premierminister auswählt, ist selbst ein Technokrat (wie die meisten Präsidenten der letzten Zeit hat Macron die Ecole Nationale d'Administration absolviert), aber auch, anders als sein italienischer Amtskollege, ein Parteipolitiker, dem es schwerfallen würde, sich als Vermittler einer unpolitischen Lösung zu präsentieren.

Wahrscheinlich wird Macron einen Premierminister finden, der durch die Regierung taumelt und eine Mehrheit für bestimmte Maßnahmen erhält, ohne eine allgemeine Vertrauensabstimmung zu riskieren. Das wird den Parteien der Mitte kurzfristig entgegenkommen – denn sie verschieben eine Parlamentswahl, bei der sie wahrscheinlich schlecht abschneiden würden. Langfristig ist es für La France Insoumise und das Rassemblement National von Vorteil, weil sie als Anti-Establishment-Parteien mit allen Vorteilen in die nächsten Präsidentschaftswahlen gehen werden.

Die Briten sollten nicht selbstgefällig sein, wenn sie die Ereignisse jenseits des Ärmelkanals betrachten. Premierminister Keir Starmer erlebte seinen Bayrou-Moment, als seine Regierung Leistungskürzungen vorschlug. Im Gegensatz zu Bayrou hat er es nicht gewagt, die Abstimmung in eine Vertrauensfrage umzuwandeln, was das Problem jedoch nicht aus der Welt geschafft hat. Starmer scheint sich einer großen parlamentarischen Mehrheit zu erfreuen, aber die auffälligste Neuerung der letzten Wahl war das Auftreten kleiner Protestparteien – von denen eine möglicherweise die größte Partei im nächsten Unterhaus sein könnte. Die Labour-Partei sieht weniger wie eine Partei aus, sondern eher wie ein weit verzweigtes Bündnis politischer Gruppierungen, wie es Studenten der Vierten Republik in Frankreich bekannt sein dürfte.

Es ist schwer vorstellbar, wie ein Premierminister auf beiden Seiten des Ärmelkanals mit einer Wählerschaft, die sowohl öffentliche Ausgabenkürzungen als auch Steuererhöhungen ablehnt, und mit einem derart zerrissenen Parteiensystem Erfolg haben kann. Ich vermute, dass der ausgeprägteste politische Trend in den nächsten zehn Jahren darin bestehen wird, dass die etablierten Parteien mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine Wahlen gewinnen werden. Um es mit den Worten von Mendès France zu sagen: „Regieren heißt verlieren“.